



Mehr Düsentriebs statt Aktionismus!

Warum eine innovative Industrie dem Klima mehr bringt als manche NGOs.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



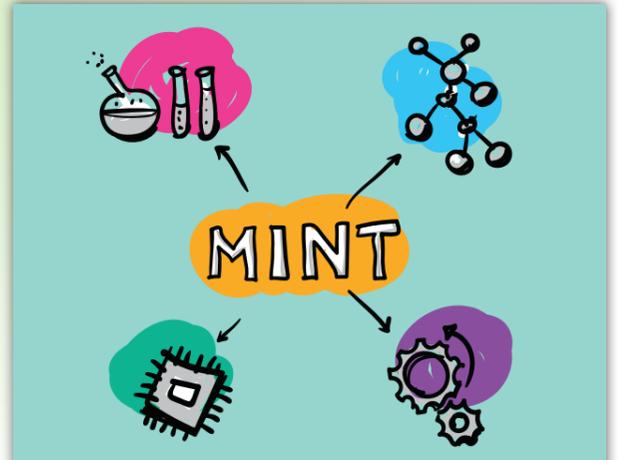
INTERNATIONAL CORNER
Warum die WTO-Regeln dringend ein Update benötigen

Seite 2



AUSBLICK
Wie Industrieunternehmen die Fachkräfte-Situation einschätzen

Seite 5



SALZBURG
„Der Sommer wird MINT“

Seite 12

Warum die WTO-Regeln dringend ein Update benötigen

Während sich die Welthandelsarchitektur verändert hat, steckt die Welthandelsorganisation im Reformstau fest. An welchen Schrauben gedreht werden muss, zeigen IV-Experten für internationale Beziehungen und Märkte.

Es kann in der WTO nicht so weitergehen wie bisher. Das sagt die nigerianische Ökonomin Ngozi Okonjo-Iweala, die im März als neue Generaldirektorin der Welthandelsorganisation angetreten ist. Baustellen gibt es jedenfalls mehr als genug: Seit dem Scheitern der 2001 gestarteten Doha-Runde gab es keine größeren Handelsliberalisierungen mehr. Im Gegenteil: Zusatzzölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa

Konformitäts- und Anerkennungsverfahren aufgrund unterschiedlicher Standards – sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen.

Faire Spielregeln für alle Marktteilnehmer

Verstöße gegen bestehende Handelsregeln wie verbotene Subventionen (v.a. Exportsubventionen) können oftmals nicht sanktioniert werden. Reformen für faire

Handelsregeln blieben bisher häufig auf der Strecke, weil einzelne Staaten aus nationalstaatlichen Gründen ein Veto einlegten. Eine der Errungenschaften der WTO, die Streit-schlichtung bei Handelsdisputen, ist gelähmt, weil die Vereinigten Staaten von Amerika seit Jahren die Ernennung neuer Berufungsrichter blockieren. Die Berufungsinstanz ist deshalb seit Dezember 2019 handlungsunfähig.

Dabei bräuchte das Regelwerk der 1994 gegründeten Organisation dringend ein Update: Mit dem Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt hat sich die Welthandelsarchitektur massiv verschoben. Die stark exportorientierte österreichische Industrie fordert daher eine Trendwende: „Es braucht faire Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Das derzeitige Welthandels-system ist nicht mehr zeitgemäß und muss dringend an die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft angepasst werden“, lautet das Credo der IV-Experten für internationale Beziehungen und Märkte.

Handelsliberalisierungen in den Fokus

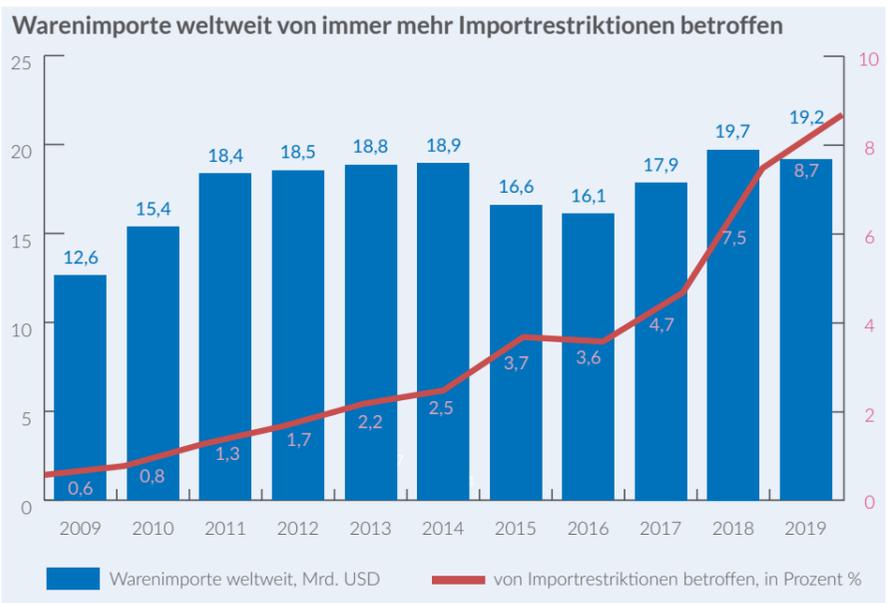
Was muss also auf die Reform-Agenda der WTO? Dringend notwendig sind Verbote und Sanktionsmöglichkeiten gegen erzwungene Technologietransfers, geistiges Eigentum muss besser geschützt werden. Ebenso müssten wettbewerbsverzerrende Subventionen stärker geahndet werden – vor allem

jene, die zur bewussten Produktion von Überkapazitäten führen und Marktpreise destabilisieren. Auch muss das WTO-Ziel, Handelsliberalisierungen durchzusetzen, wieder in den Fokus rücken, Protektionismus ist der falsche Weg. Die WTO ist mittlerweile auf 164 Mitgliedsländer gewachsen. Um ihre Handlungsfähigkeit zu erhöhen, sollte ein einfaches Mehrheitsprinzip die bisher erforderliche Einstimmigkeit bei jeglichen WTO-Entscheidungen ablösen. Zudem sollten bedeutende Volkswirtschaften wie China, Indien oder Russland dem Government Procurement Agreement beitreten. Dieser Vertrag regelt den Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Auch sollte der Entwicklungslandstatus nach klaren ökonomischen Kriterien vergeben werden und nicht nach einer Selbsteinschätzung. Länder wie China verschaffen sich dadurch ungerechtfertigte Vorteile.

Jetzt muss die WTO beweisen, dass sie Zukunft hat. Generalsekretärin Ngozi Okonjo-Iweala hat angekündigt, Veränderungen anzugehen: „Wir brauchen jemanden, der in der Lage ist, Reformen voranzutreiben – und das bin ich.“

WEBTIPP

Die ausführliche IV-Analyse „Die WTO zukunftsfit machen“ finden IV-Mitglieder in ihrer **IVTopApp**.



Immer mehr Zusatzzölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse gefährden den Wohlstand. Die WTO muss mit einem adaptierten Regelwerk gegensteuern.

GASTKOMMENTAR

Alles steht und fällt mit der Bildung

Die Forderungen nach einer Stärkung des Kapitalmarkts haben ihre Berechtigung. Wichtigstes Rädchen, an dem es zu drehen gilt, ist das Finanzwissen der Österreicher.

Wer nichts weiß, muss alles glauben. Was einst schon Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach formulierte und die Wissenschaftskabarett-Gruppe „Science Busters“ als Motto gegen das Unwissen auserkoren hat, gilt auch für die Wirtschaftswelt – und ganz besonders für den Kapitalmarkt. Auch wenn es bereits gesagt wurde: Bildung ist der wichtigste Schlüssel, um dem Kapitalmarkt und seinen potenziellen Anlegern auf die Beine zu helfen.

Angst ist gerade in Pandemie-Zeiten ein schlechter, wenn auch nachvollziehbarer, Ratgeber. Dass ein Großteil der Österreicher das Geld nach wie vor lieber hortet als anlegt, zeigt ein Blick auf die Daten der Nationalbank. Per Februar 2021 haben private Haushalte knapp 193 Mrd. Euro an täglich fälligen Einlagen liegen – 2015 waren es knapp 108 Mrd. Euro. Sparkonten sind weiter das Spar-Mittel der Wahl. Auch wenn das Interesse für den Kapitalmarkt gestiegen und die Thematik durch Gamestop und Co. ins breite öffentliche Interesse gerückt ist.

Warum Bildung so wichtig ist? Der Satz „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ ist zwar in den allermeisten Fällen falsch, was aber richtig ist:

Im Erwachsenenalter ist es deutlich schwieriger, die Scheu vor dem Kapitalmarkt zu verlieren. Denn wer schon bei der Definition der Begriffe ETFs und Anleihen ein ungutes Gefühl in der Magengrube bekommt, wird

„In der Bedeutung der Kapitalmärkte hinkt Österreich bekanntlich international deutlich hinterher, beim Wagniskapital besonders.“

sich nicht näher mit dem Thema befassen wollen. Je früher der Kapitalmarkt also auf der persönlichen Agenda ist, desto besser – Stichwort Schule.

Dabei müssen auch wirklich alle Schüler erreicht werden, und zwar von unabhängigen Experten. Denn neben den altbekannten Risiken am Kapitalmarkt zeigen auch die neuen Trends, wie wichtig Wissen ist – Stichwort

Robinhood. Es braucht Eigeninitiative und Fachwissen, um solche Geschäftsmodelle zu verstehen und eigene Risiken abschätzen zu können.

Übrige Handlungsfelder wurden bereits vielerorts gefordert, etwa steuerliche Anreize wie die ohnehin schon ins Auge gefasste Wiedereinführung einer Behaltfrist, ab der Gewinne auf Wertpapiere steuerfrei sind. Dennoch stößt man auch hier auf das Grundproblem Bildung. Wer sich nicht auskennt, dem hilft der schönste steuerliche Anreiz nicht. Das fällt schlussendlich allen auf den Kopf. Unternehmen, verhinderten Anlegern und dem Staat. In der Bedeutung der Kapitalmärkte hinkt Österreich bekanntlich international deutlich hinterher, beim Wagniskapital besonders.

Natürlich gibt es auch bei den Unternehmen Hebel, an denen man ansetzen könnte. Auch sie sind bekannt – etwa die schon vor der Krise viel geforderte Eigenkapitalstärkung, die Unternehmen resilienter macht. Eine Maßnahme zur Stärkung des Kapitalmarkts kann eine steuerliche Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdkapital sein. Solche Maßnahmen müssen Hand in Hand mit dem Schmachhaftmachen des Kapitalmarkts für Private gehen. Kommen die Gelder weg von den Sparkonten hinein in den Kapitalmarkt,

gibt es mehr Rendite für die privaten Anleger und frisches Geld für die Unternehmen. Nicht zuletzt profitieren auch die heimischen Banken, weil sie für geringere Spareinlagen, die stattdessen am Kapitalmarkt ihre Dienste tun, weniger Zinsen an die EZB zahlen müssen.

Ideen zur Belebung des Kapitalmarkts gibt es genug, sie müssen auf politischer Ebene diskutiert und umgesetzt werden – rasch. Denn essenziell ist ein unverzügliches Handeln, auch und gerade beim Thema Bildung.



Anita Kiefer ist Wirtschaftsredakteurin der Tageszeitung „Kurier“.

Der Aufschwung wird kräftig...

...wenn jetzt die richtigen Weichen gestellt werden. Impf-Offensive und Comeback-Plan spielen dabei Schlüsselrollen.

Österreichs Produktionssektor und Kreditwirtschaft haben entscheidenden Anteil daran, dass der Wirtschaftsmotor in Österreich trotz Pandemie am Laufen geblieben ist. Und ebenso ist die Industrie jetzt startklar für einen Aufschwung, von dem ganz Österreich profitieren wird. Wie kräftig dieser Aufschwung ausfallen wird, hängt entscheidend auch von den Rahmenbedingungen dafür ab. Die drei wichtigsten Weichenstellungen:

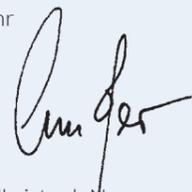
- Die Impfung ist in jeder Hinsicht ein game changer – gerade auch für die wirtschaftliche Gesundheit unseres Landes. Nach der Versorgung der Hochrisiko-Gruppen mit Vakzinen muss es auch eine Priorität für Schlüsselkräfte der Industrie geben – etwa für jene, die im Ausland österreichische Produkte verkaufen oder Anlagen errichten. Tatsache ist: Viele Konkurrenten aus anderen Staaten können ihre Beschäftigten bereits zu Kunden in wichtige Märkte entsenden, weil diese Länder mit ihrer Impfstrategie bereits weiter sind. Geimpfte Schlüsselkräfte sind ein wichtiger Standortfaktor, den wir uns rasch sichern müssen.
- Die Standortattraktivität für Investitionen, die den Aufschwung stärken, muss durch ein entsprechendes Standortpaket verbessert werden. Die von der Industrie empfohlene Investitionsprämie ist ein gutes Beispiel für Maßnahmen, die auf dieses Ziel einzahlen. Denn klar ist: Nur, wo investiert wird, können Zukunft und Beschäftigung wachsen. Auch die

Stärkung des Eigenkapitals von Betrieben ist jetzt ein wichtiges Thema für krisenfestes Wachstum und Aufschwung. Dass die Bundesregierung in ihrem Comeback-Plan die Standortstärkung zum Schwerpunkt erklärt hat, ist ein wichtiges Signal. Jetzt geht es darum, diesen Plan mit Leben und entsprechenden Maßnahmen zu füllen – und konzertiert umzusetzen.

- Eine kluge Politik für Aufschwung und Beschäftigung ist auch im Kontext der Klimaschutzziele unverzichtbar. Unseren Betrieben noch schärfere Umweltziele aufzubürden ist der Weg in die wirtschaftliche und ökologische Sackgasse: Die Absiedelung von Betrieben an Standorte mit niedrigeren Standards gefährdet Aufschwung, Jobs und Umwelt. Wir brauchen daher wirksame Unterstützung für die Transformation (siehe Titelgeschichte), gerade mit Blick auf Forschung und Übergangslösungen.

Das Licht am Ende des ökonomischen Krisen-Tunnels ist ein starker, erfolgreicher Industriestandort Österreich. Er braucht jetzt die besten Rahmenbedingungen, damit der Aufschwung so kräftig, rasch und nachhaltig wie möglich ausfallen kann.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



WIRTSCHAFTS- WACHSTUM



„Darum geht es bei Reformen: Nicht ums Kürzen, sondern wie schaffe ich den größten Output mit dem geringsten Input? Da haben wir noch ganz viel zu tun.“

Monika Kircher,
Aufsichtsratsmitglied u.a.
bei Andritz AG und
Siemens AG Österreich



„Österreich soll international als automotive-freundliches Land wahrgenommen werden. Alle Aufträge, die dieser Wirtschaftszweig hat, kommen von internationalen Herstellern.“

Günther Apfalter,
Präsident von Magna Europa und Asien



„Die gegenwärtige Krise muss genützt werden, um alles, was in kurzer Zeit digital erreicht wurde, voranzutreiben.“

Sabine Herlitschka,
Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 18. April war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS

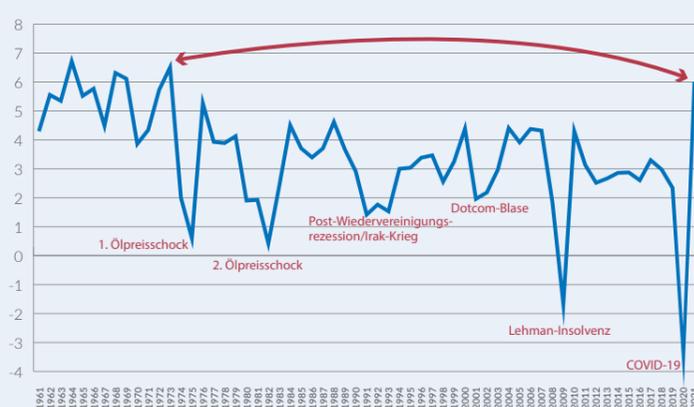


GRAFIK DES MONATS

International gesehen ist der Aufschwung schon seit Monaten Realität. In seiner aktuellen Prognose erwartet der IMF ein Wachstum von real sechs Prozent für die Weltwirtschaft. Wenn dies so einträte, handelte es sich um die stärkste weltweite Expansion in den vergangenen fünf Jahrzehnten – stärker ist die Weltwirtschaft zuletzt im Jahr 1973 vor dem ersten Ölpreisschock gewachsen.

Getragen wird die globale Erholung von den beiden weltgrößten Volkswirtschaften. Die USA und China sprinten Europa mit einem Anstieg von voraussichtlich sechseinhalb bis achteinhalb Prozent davon. Vergleichsweise bescheiden nimmt sich die Wachstumsdynamik in der Eurozone aus, die nur etwas mehr als halb so kräftig ausfallen wird wie jene auf der anderen Seite des Atlantiks.

Größtes weltweites Wirtschaftswachstum seit fast 50 Jahren

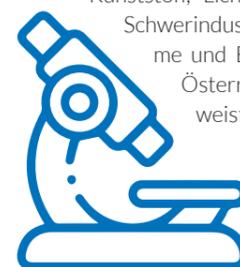


Quelle: IMF

ZAHL DES MONATS

7

Die Corona-Krise hat dem Erfindergeist Österreichs keinen Abbruch getan: Im internationalen Vergleich belegt Österreich mit 2.303 Patentanmeldungen Rang 14 des Patent Index 2020 des Europäischen Patentamts (EPA) und schafft somit ein stabiles Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr. Betrachtet man die Patentdichte im Verhältnis zur Einwohnerzahl, liegt Österreich global sogar auf Rang sieben. Besonders innovativ sind hierzulande Unternehmen aus den Bereichen Kunststoff, Lichtsysteme, Halbleiter, Schwerindustrie, Antriebssysteme und Beschlägerherstellung. Österreichs Industrie beweist somit Krisenresistenz und zeigt, dass mit Hilfe ihrer Innovationskraft der Aufschwung gelingen wird.



Der (noch) blockierte Aufschwung?

International stehen die Zeichen auf Wachstum. Wie Österreich davon profitieren kann und was einer kräftigen Erholung noch im Weg steht, zeigt eine aktuelle Analyse von IV-Chefökonom Christian Helmenstein.

Sie sind 2021 die Sprinter im weltweiten Konjunkturaufschwung: Während der Internationale Währungsfonds für die USA einen BIP-Anstieg von 6,4 Prozent prognostiziert, soll Chinas Wirtschaft laut OECD um 7,8 Prozent zulegen. Vergleichsweise bescheiden ist die Wachstumsdynamik in der Eurozone, die nur etwas mehr als halb so kräftig ausfallen wird wie jene auf der anderen Seite des Atlantiks.

„Global hat der Aufschwung längst eingesetzt“, erklärt IV-Chefökonom Christian Helmenstein. Das belegt etwa der RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Demnach hat der Welthandel sein Prä-COVID-Niveau bereits deutlich überschritten. Auch der vom Institute for Supply Management veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für die Neuauftragseingänge in der US-Industrie deutet

„Global hat der Aufschwung längst eingesetzt.“

Christian Helmenstein
IV-Chefökonom

mit einem Wert jenseits der 60 Punkte auf den Beginn einer Boomphase. Zudem verweist Helmenstein auf die Preise wichtiger Industrie-Rohstoffe wie Kupfer oder Eisen,



Je rascher die Corona-Maßnahmen aufgehoben werden können, desto höher das BIP-Wachstum. Sollte das bis spätestens Ende Juni erfolgen, könnte Österreichs Wirtschaft noch um 2,9 Prozent zulegen.

die bereits „Hochkonjunkturniveau erreicht“ hätten. Interessantes Detail: Während die Effekte der COVID-19-Pandemie auf den Welthandel binnen vier Monaten bereits weitgehend überwunden wurden, waren dazu nach der Lehman-Krise 2008/09 acht Quartale erforderlich.

Industrie überschreitet Vor-Krisen-Niveau

Für die stark exportorientierte heimische Industrie sind das grundsätzlich gute Nachrichten. „Zum ersten Mal in der Neuzeit trifft eine konjunkturelle Großkrise nicht primär die Industrie, sondern vor allem den Dienstleistungssektor“, erörtert Helmenstein. Er rechnet damit, dass Österreichs Industrie spätestens mit Februar 2021 das Prä-COVID-Produktionsniveau

nachhaltig überschritten haben dürfte. Die gesamte Volkswirtschaft wird aus heutiger Sicht mindestens vier bis fünf Quartale länger benötigen.

„Die Industrie hat die Pandemie professionell gemeistert und inzwischen die Rolle der Wachstumslokomotive für Österreich übernommen. Allerdings gilt es zwischen den Branchen zu unterscheiden“, lautet die Analyse des Ökonomen. Eine besonders kräftige Erholung war für die Fahrzeugindustrie und die chemische Industrie zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu sind jene Bereiche stark getroffen, die unter den Corona-Maßnahmen direkt oder indirekt leiden, wie etwa die Luftfahrtzulieferer oder die Brauereien.

Effektive Test-, Tracing- und Impfstrategie

Helmenstein ist überzeugt, dass Österreich am kräftigen internationalen Aufschwung partizipieren kann: „Alle drei Hauptnachfragekomponenten des BIP – Konsum privater Haushalte, Exporte und Ausrüstungsinvestitionen – bergen ein enormes Erholungspotenzial für die österreichische Wirtschaft. Sobald erstens die uneingeschränkte Erreichbarkeit der Märkte wiederhergestellt ist, ist mit einem merklichen Anziehen der Exporte zu rechnen. Würde sich zweitens die COVID-bedingt nahezu verdoppelte Sparquote im Jahresverlauf lediglich von derzeit 14 auf neun Prozent zurückbilden, impliziert dies eine zusätzliche Konsumnachfrage in Höhe von 11,25 Mrd. Euro binnen Jahresfrist. Im Vorgriff auf die kommende Konjunkturerholung sowie zur weiteren Digitalisierung des Wirtschaftens, kräftig unterstützt durch die Investitionsprämie, liegen drittens die Ausrüstungsinvestitionen bereits im Plus.“

Voraussetzung ist und bleibt aber die rasche Bekämpfung der Pandemie mit einer effektiven Test-, Tracing- und Impfstrategie. Wegen der epidemiologischen Lage hat der IV-Chefökonom einen Prognosefächer errechnet: Je rascher die Corona-Maßnahmen aufgehoben werden können, desto höher das BIP-Wachstum. Sollte das bis spätestens Ende Juni erfolgen, könnte Österreichs Wirtschaft noch um 2,9 Prozent zulegen. Enden die Einschränkungen erst Ende September, würde der Anstieg auf magere 1,6 Prozent zurückgehen.



Industrie-Austausch mit Wirtschaftslandesräten

Bei einer Video-Konferenz mit den Wirtschaftslandesräten aller Bundesländer im März betonte IV-Präsident Georg Knill die Bedeutung der Industrie für das Land: „Eine starke Industrie, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sowie Zuversicht und Optimismus sind die Grundpfeiler, mit denen wir die Corona-Krise bewältigen und ein erfolgreiches Comeback der Wirtschaft schaffen können.“ Bei den großen Herausforderungen unserer Zeit – Bewältigung der Corona-Pandemie sowie die grüne und digitale Transformation – sei die Industrie mit ihrer Innovationskraft und Umsetzungskompetenz wichtiger Teil der Lösung. Zudem plädierte der IV-Präsident einmal mehr, dass nach den vulnerablen Gruppen vor allem die Schlüsselarbeitskräfte in der exportorientierten

Industrie schnell(er) geimpft werden müssten. Knill: „Jeder Tag zählt. Die Mitarbeiter – seien es Montage- & Service- oder Verkaufsteams – müssen rasch wieder ihre Kunden in der Welt erreichen können.“

Weitere Themen waren die Energie- und Mobilitätswende sowie die Dauer von Genehmigungsverfahren bei standortrelevanten Projekten, resiliente Logistikketten, Infrastruktur und Raumplanung sowie Lehrlingsausbildung und Fachkräftemangel. Oberösterreichs Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner betonte bei dem Austausch: „Wichtig zur Absicherung der Industrie und damit der Arbeitsplätze in unserem Land ist auch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durch die öffentliche Hand.“

Wettbewerbsfähigkeit ist das Um und Auf

Mit dem „Comeback-Plan“ der Bundesregierung gilt es nicht nur, an die Entwicklung von 2019 anzuschließen – wir müssen darüber hinauswachsen. Das betonte IV-Präsident Georg Knill in der ORF-„Pressestunde“ im April. „Wettbewerbsfähigkeit ist das Um und Auf. Das müssen wir auf den letzten Metern dieses Pandemie-Marathons im Blick haben, wenn es jetzt um Konzepte geht, wie der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt aus der Krise kommt.“ Die Industrie plädiert für investitionsstärkende Maßnahmen, wie etwa die Investitionsprämie, sowie eigenkapitalstärkende und entlastenden Maßnahmen, wie etwa die im Regierungsprogramm festgelegte KÖSt-Senkung auf 21 Prozent. „Das würde einen unheimlichen Investitionsschub bringen, den wir dringend brauchen.“

Die für Österreich vorgesehenen Gelder aus dem EU-Wiederaufbauplan müssten sinnvoll eingesetzt werden. Schwerpunktmäßig geht es um Digitalisierung und Klimaschutz. Gerade das Thema neue Technologien sei wesentlich – vor allem beim Klimaschutz, „zu dem wir uns als österreichische Industrie voll und ganz bekennen“, hielt Knill fest, der unter anderem auf die Bedeutung internationaler strategischer Partnerschaften hinwies: „Das braucht Europa, um Liefer- und Wertschöpfungsketten sowie die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern.“ Dies sei wesentlich, damit Europa die technologische Transformation mitgestalten kann und nicht weitere Abhängigkeiten entstehen. „Wir sehen auch, dass Produktion allein nicht reicht, wir müssen Warenströme, Lieferketten und die Rohstoffversorgung sicherstellen“, so Knill.



Lücke zwischen Qualifikationsbedarf und Verfügbarkeit klafft auseinander

Der Fachkräftemangel ist gegen Corona immun. Wie die Unternehmen die Situation einschätzen und welche Qualifikationen in den nächsten Monaten besonders gefragt sind, belegt eine IV-Mitgliederumfrage.



Die Corona-Krise hat den Fachkräftemangel nur vorübergehend gedämpft. Trotz hoher Arbeitslosigkeit bleibt die Suche nach qualifiziertem Personal für die überwiegende Mehrheit der Industriebetriebe eine zentrale Herausforderung. Das geht aus einer IV-Blitzumfrage unter 310 heimischen Industrieunternehmen hervor, die direkt rund 200.000 Arbeitsplätze in Österreich sichern. Wie hat sich die Verfügbarkeit von Fachkräften im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit vor einem Jahr verändert? Rund 38 Prozent der Firmen geben an, dass sich die Situation sogar weiter verschärft hat.

Industrie sucht Lehrlinge

An Bedeutung gewinnen wird daher das Thema Aus- und Weiterbildung. Genau

hier orten viele Betriebe den Kern des Problems: Die Lücke zwischen Qualifikationsbedarf und Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt klafft auseinander. Welche Qualifikationen sind in der Industrie besonders nachgefragt? 83 Prozent der befragten Unternehmen erwarten im Bereich Technik und Produktion den größten Fachkräftebedarf. Für rund 40 Prozent wird bei der Informationstechnologie qualifiziertes Personal besonders stark nachgefragt sein, jedes dritte Unternehmen sucht für Forschung & Entwicklung. Die besten Jobperspektiven haben Personen mit HTL- oder HAK-Abschluss – hier erwartet mehr als jedes zweite Unternehmen (54 Prozent) hohen Bedarf, gefolgt von Absolventen einer Lehre (53 Prozent) und Hochschulgraduierten (45 Prozent).

Mit mehr als 16.000 Lehrlingen ist die Industrie zweitgrößter Lehrlingsausbildner im Land. Auf Bundes- und Länderebene hat die IV in den vergangenen Wochen klar kommuniziert, dass die Bereitschaft der Unternehmen nach wie vor groß ist, Lehrlinge aufzunehmen. Viele Unternehmen – gerade in industriestarken Regionen – können ihre Lehrplätze nicht besetzen. Jedes dritte Unternehmen gibt an, dass die Zahl der Bewerbungen merkbar abgenommen hat. Ein Problem ist die Corona-Aufstiegs Klausel: Der Anteil der BHS-Schüler, die nach Ende der Pflichtschulzeit eine Lehrstelle antreten, ist um 15 Prozent gesunken, weil viele mit einem oder mehreren Fünfern aufsteigen konnten.

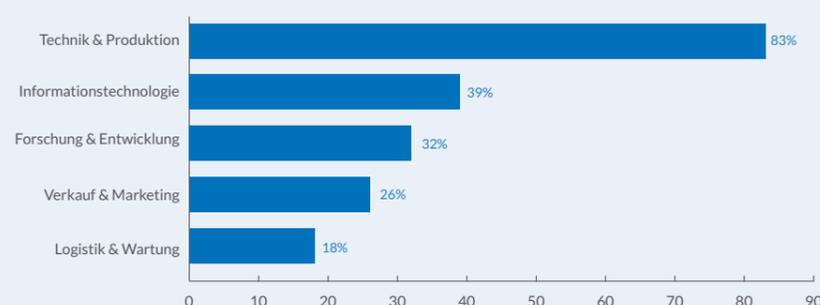
11.500 neue Mitarbeiter

Was ist notwendig, um Weiterqualifizierung von Mitarbeitern voranzutreiben? Zwei Drittel der Unternehmen sehen als

wichtigste Maßnahme, dass die Beschäftigten mehr Bereitschaft und Motivation für Weiter- und Umqualifizierungsmaßnahmen an den Tag legen müssen. An zweiter Stelle stehen zusätzliche physische Aus- und Weiterbildungsangebote (40 Prozent). Jeder dritte Betrieb schlägt weitere öffentliche finanzielle Mittel vor.

Aus gutem Grund setzt sich die IV für eine Angebotsoffensive der bestehenden Bildungseinrichtungen für umfassende Weiterbildung, Neu-Qualifizierung und lebenslanges Lernen ein. Der Handlungsbedarf ist groß. Denn – und das ist die gute Nachricht – alleine die 310 Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, planen in den nächsten Monaten, mehr als 11.500 neue Mitarbeiter einzustellen, wenn die österreichische Wirtschaft wieder auf den gewohnten Wachstumspfad zurückkehrt.

Die Top 5-Bereiche, in denen Industrieunternehmen den größten Fachkräftebedarf erwarten



Kapitalmarkt: Nicht nur Awareness, sondern steuerliche Anreize schaffen

Gerade einmal jeder Vierte, der noch nicht an der Börse veranlagt ist, ist prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen oder Investmentfonds interessiert. Lediglich vier Prozent der befragten Österreicher geben an, sich sehr gut mit Veranlagungen an der Börse auszukennen. Eine Umfrage des Aktienforums zeigt, dass sich der Kapitalmarkt in der Meinung der Bevölkerung zwischen vermeintlich „bekanntem Unwesen“ und „unbekanntem Wesen“ bewegt. Eine aktuelle Detailauswertung weist zudem aus, dass Frauen deutlich risikaverser sind als Männer. Während 25 Prozent der befragten Männer angeben, dass in ihrem Haushalt Geld in Form von Aktien angelegt ist, sind es bei den Frauen nur zehn Prozent. Bei „anderen Wertpapieren“ liegt dieser Wert bei 16 Prozent (Männer) bzw. acht Prozent (Frauen).

Die neue IV-Task Force „Kapitalmarkt und Unternehmensfinanzierung“ beschäftigt sich intensiv damit, wie das Interesse der Österreicher für dieses wichtige Thema gestärkt werden kann. „Wissen ist die beste Risikovorsorge, weil man Entwicklungen besser einschätzen kann. Die Aktienmärkte sind im Februar und März des Vorjahres drastisch eingebrochen, die meisten haben sich aber bis Jahresende wieder erholt. Das muss man wissen und einschätzen können“, erklärt die Task Force-Vorsitzende und

Vorständin der Oesterreichischen Kontrollbank, Angelika Sommer-Hemetsberger. Konkret basiert die Arbeit der Task Force auf drei Säulen: „Neudenken der Unternehmensfinanzierung – Finanzierungspalette verbreitern“, „Erleichterte regulatorische Anforderungen an den Kapitalmarkt“ sowie „Private und betriebliche Altersvorsorge weiterentwickeln“. Dabei gilt es, nicht nur das Bewusstsein in der Bevölkerung zu schärfen, sondern Wert und Nutzen eines starken Kapitalmarkts der Politik sichtbar zu machen. „Es wäre schön, wenn es hier nicht nur so weit geht, Awareness zu schaffen, sondern es auch Förderungen und Incentives gäbe – in dem man etwa steuerliche Anreize schafft, um Ansparrpläne zu fördern.“ Auch soll den Menschen die Scheu vor dem Kapitalmarkt genommen werden: Sommer-Hemetsberger: „Wichtig ist uns zu betonen, dass die Teilnahme am Kapitalmarkt nichts Elitäres ist.“



Angelika Sommer-Hemetsberger leitet die IV-Task Force „Kapitalmarkt und Unternehmensfinanzierung“.



Industrie hat Österreich am Laufen gehalten

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig der Beitrag der Industrie und ihrer Beschäftigten für Versorgungssicherheit, sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität in Österreich ist. Entscheidend war und ist, dass die Produktion während der Corona-Maßnahmen aufrecht bleiben und damit weitergearbeitet werden konnte. Sichtbar wurde auch, wie

wichtig aufrechte und funktionierende Lieferketten sind. Mit ihrer aktuellen Social Media-Initiative „Respekt“ weist die IV darauf hin, wie viele Menschen und Unternehmen dahinterstehen, damit wir täglich mit lebensnotwendigen und allgemeinen Gütern versorgt werden. Daher ist es auch wichtig zu sagen: „Danke für Euren Einsatz, der Österreich am Laufen hält.“

Realistischer Weg statt absurder Forderungen

Was die Industrie für das Klima leisten kann, wenn man sie lässt: Zwischen grüner Klimapolitik und innovationsgetriebenem Klimaschutz, der tatsächlich wirkt, liegen oft Welten. Die Industrie zeigt auf, wie Klimamaßnahmen aussehen müssen, die dem Klima helfen – und die Zukunft der (energieintensiven) Produktion im Land sichern. Beides ist möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Darf es noch ein bisschen mehr sein? Die EU-Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent zu senken, ist eine gewaltige Herausforderung. Trotzdem gibt es Stimmen, welche die Einsparungsvorgaben in Europa und Österreich noch weiter nach oben schrauben wollen. Das übrigens zu einem Zeitpunkt, zu dem China 300 neue Kohlekraftwerke errichtet, die über 700 Mio. Tonnen CO₂ emittieren werden. Zum Vergleich: Ganz Österreich stößt pro Jahr 80 Mio. Tonnen CO₂ aus.

Für IV-Präsident Georg Knill ist klar: „Wer das Ende allen CO₂-Ausstoßes vor 2040 fordert, tut das leider im Wissen, dass das erstens technisch nicht realisierbar ist und dass das zweitens dem weltweiten Klimaschutz wenig nützt. Faktenbasierte Klimaschutzpolitik sieht anders aus.“ Dazu kommt: Klimaschutz-NGOs und Grün-Politiker erzählen ihren Sympathisanten und Spendern mit den kolportierten wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes nur einen Teil der Wahrheit. Der andere Teil lautet: Klimaschutz kostet ein Vermögen – und wird am Ende von den Konsumenten und Steuerzahlern zu tragen sein. „Diese unbequeme, aber fundamentale Wahrheit muss klar kommuniziert werden – sonst gibt es ein böses Erwachen“, fordert IV-Präsident Knill.

Vorreiter statt Bremser

Die Devise der Industrie in Sachen Klimaschutz: Vernünftige Klimapolitik muss so gestaltet werden, dass dem Klima geholfen wird, aber (energieintensive) Produktion im Land weiter möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Nur das sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und damit nachhaltigen sozialen Frieden. „Weder Klima noch Umwelt wäre langfristig gedient, wenn wir umweltfreundlich produzierende Wirtschaft und Arbeitsplätze durch immer härtere Auflagen in Länder vertreiben, in denen Klimaschutz leider nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle spielt. Das schafft neue, fatale Abhängigkeiten bei bestimmten Gütern und schadet dem Weltklima weit mehr, als es je nützen könnte“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Für die IV ist wichtig, dass das eingefahrene Schwarz-Weiß-Denken von Umweltpolitikern und Umweltschutz-NGOs endlich der Vergangenheit angehört. Neumayer: „Die Industrie ist kein Bremser beim Klimaschutz, wir sind Vorreiter. Wir sind Teil der Lösung. Nirgendwo auf der Welt wird eine Tonne Zement mit weniger CO₂-Emissionen produziert als in Österreich. Auch die heimische Eisen- und Stahlindustrie ist Benchmark in der Nachhaltigkeit. Die Zulieferindustrie hat sich bei Klimatechnologien ebenfalls stark aufgestellt. Für all diese Leistungen haben Unternehmen, die im rauen internationalen Wettbewerb stehen, gewaltige Investitionen getätigt. Klima und Volkswirtschaft können darauf nicht verzichten.“ Zahlreiche Beispiele zeigen, welche Anstrengungen Österreichs Industriebetriebe rund um Forschung und Entwicklung für den Klimaschutz unternehmen – und wie erfolgreich sie dabei sind (siehe Kasten).

„Die Industrie ist kein Bremser beim Klimaschutz, wir sind Vorreiter. Wir sind Teil der Lösung.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Weichen richtig stellen

Entscheidend ist jetzt, dass die klima- und industriepolitischen Weichen richtig gestellt werden. Der Industriellenvereinigung ist es insbesondere ein großes Anliegen, dass auch jene Unternehmen mitgenommen werden, für die hohe Energie-Kosten ein zentraler Wettbewerbsfaktor sind. Und das aus gutem Grund: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der energieintensiven Industrie – von Papier über Stahl bis Baustoff – ist erheblich. „Die Unternehmen der energieintensiven Industrie sichern in Summe rund 390.000 Arbeitsplätze. Mehr als jeder elfte Arbeitsplatz in

„Die energieintensive Industrie soll dabei unterstützt werden, kräftige Investitionen in die Zukunft zu tätigen.“

Peter Koren
IV-Vize-Generalsekretär

Österreich hängt an diesem Sektor“, erklärt IV-Präsident Georg Knill. Nach neuen Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Instituts sorgt die energieintensive Industrie für 17 Mrd. Euro an Löhnen, Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben.

Aufschwung dekarbonisiert gestalten
Nachhaltiger Klimaschutz und energieintensive Produktion können und müssen eine gemeinsame Zukunft in Österreich haben. Dafür müssen die betroffenen Unternehmen aber unterstützt werden. Es braucht eine Kompensation der Kosten, die nicht am weltweiten Markt untergebracht werden können. Konkret schlägt die IV einen Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds vor: „Die energieintensive Industrie soll dabei unterstützt werden, kräftige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Das würde sicherstellen, dass der Aufschwung ‚dekarbonisiert‘ gestaltet wird und Investitionen in die richtige Richtung gehen“, erklärt IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren.

Konkret soll damit die ausreichende österreichische Finanzierung bestehender Klimaschutz-Instrumente ermöglicht werden: Dabei geht es etwa um die Kofinanzierung von Projekten des Innovationsfonds des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) oder von Investitionen bei den europäischen Großprojekten IPCEI Wasserstoff bzw. Low Carbon Industries. Mit diesen Important Projects of Common European Interest werden transeuropäische Konsortien aufgebaut, die technologische Lösungen für die Herausforderungen der





Zukunft auf den Weg bringen, sie skalieren und industriell umsetzen. Zudem sollte der Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds die Erforschung, Herstellung und Nutzung von alternativen Treibstoffen vor allem für die Luftfahrt finanziell mittragen. Ebenfalls auf der Agenda der Industrie: Das Emissionshandelssystem erlaubt es EU-Ländern, Unternehmen Beihilfen zu gewähren, um die

„Nicht umsonst ist heute die österreichische Industrieproduktion die umweltschonendste weltweit.“

Georg Knill
IV-Präsident

durch das ETS verursachten Strompreiserhöhungen zu kompensieren. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und verhindert die Verlagerung von Produktionskapazitäten in Regionen mit geringeren Klimaschutzanforderungen (Carbon Leakage). Finanziert werden könnte dieser Ausgleich mit Mitteln aus dem Fonds. Zudem sollte dieser genutzt werden, um klimapolitisch bedingte Kosten für die CO₂-reduzierte Produktion über einen längeren Zeitraum auszubalancieren.

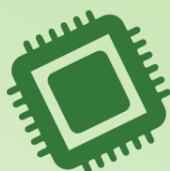
Belastungen begrenzen

Notwendig ist aus Sicht der Industrie auch eine entsprechende Ausrichtung geplanter Gesetzesvorhaben. Beim Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) steht der Umbau des Energiesystems in Richtung Klimaneutralität außer Streit. Das EAG muss aber Planungssicherheit

auch für die Industrie gewährleisten, die ihre Prozesse von fossilen Energieträgern auf erneuerbaren Strom umzustellen hat. Entscheidend ist die Versorgungssicherheit. Um Blackouts vermeiden zu können, muss der Ausbau erneuerbarer Energieproduktion vom Ausbau entsprechender Infrastrukturen begleitet werden. Bei den Förderungen für erneuerbare Energieträger fordert die Industrie, dass die Belastungen für private und betriebliche Energiekunden auf eine Milliarde Euro pro Jahr begrenzt werden.

Ein wichtiges Thema ist auch die Dauer von Genehmigungsverfahren, etwa für Wasserkraft- oder Windkraftwerke. „Wenn die Dauer der Genehmigungsverfahren nicht einschätzbar ist, werden Projekte nicht realisiert. Das gilt für Energieerzeugungsanlagen genauso wie für die Energie-Infrastruktur“, warnt Neumayer. Er erinnert daran, dass der Bau der 380-kV-Leitung in der Steiermark über 20 Jahre gedauert hat und dass in Salzburg das aktuelle 380-kV-Projekt zur Umweltverträglichkeitsprüfung bereits 2012 eingereicht wurde.

IV-Präsident Georg Knill resümiert: „Es ist wichtig, dass Österreich an europäischen Konsortien zur Stärkung strategischer europäischer Wertschöpfungsketten offensiv teilnimmt. Das Interesse und die Technologiekompetenz der Unternehmen sind jedenfalls vorhanden. Der österreichische Aufbau- und Resilienzplan bietet die Chance, diese neuen Projekte zu finanzieren. Nun liegt es an der Politik, die neuen IPCEIs prioritär im Aufbauplan zu positionieren.“ Für ihn ist zudem klar: „Nachhaltigkeit ist ein zentrales Anliegen für Österreichs Unternehmen, nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial. Nicht umsonst ist heute die österreichische Industrieproduktion die umweltschonendste weltweit. Wir haben nicht nur die Thunbergs dieser Welt in unseren Unternehmen, sondern auch die Düsentriebe, die diese mittels Innovationen auch umsetzen.“



INDUSTRIE MIT INNOVATION AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT

Aus CO₂ wird hochwertiger Kunststoff

Lafarge, OMV, VERBUND und Borealis haben 2020 das Projekt „Carbon2Product-Austria“ gestartet. Ziel ist die Schaffung einer sektorenübergreifenden Wertschöpfungskette sowie die Errichtung einer Anlage im industriellen Maßstab bis 2030, welche eine Abscheidung von nahezu 100 Prozent des jährlichen Ausstoßes von rund 700.000 Tonnen CO₂ im Lafarge Zementwerk Mannersdorf ermöglicht. Das abgeschiedene CO₂ stünde so als wertvolle Ressource zur Verfügung, denn mithilfe von Wasserstoff wird das abgeschiedene CO₂ zu Kohlenwasserstoffen verarbeitet. Hierbei kommt grüner Wasserstoff zum Einsatz, der durch VERBUND in einem Elektrolyseprozess auf Basis von Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Diese Kohlenwasserstoffe werden im weiteren Produktionsprozess in erster Linie für die Herstellung hochwertiger Kunststoffe (OMV, Borealis) genutzt. Das Endprodukt basiert somit auf erneuerbarer Energie und zeigt damit einen funktionierenden Kreislauf von CO₂ auf.

Klarer Plan zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion

Die Politik hat ambitionierte Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen gesetzt. voestalpine sieht sich als Teil der Lösung und hat mit greentec steel einen klaren und ambitionierten Plan zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion entwickelt. Neben der Optimierung der bestehenden Hochofenroute plant voestalpine zunächst den schrittweisen Umstieg von der kohlebasierten Hochofen- auf eine grünstrombasierte Elektrostahlroute. Durch die Anwendung innovativer Produktionstechnologien könnten die CO₂-Emissionen bis 2030 jährlich um rund drei bis vier Mio. Tonnen bei gleichzeitiger Beibehaltung der höchsten Produktqualität gesenkt werden. Langfristig wird angestrebt, den Einsatz von grünem Strom und grünem Wasserstoff im Stahlerzeugungsprozess sukzessive zu erhöhen und so bis 2050 CO₂-neutral zu produzieren. Dazu werden auch umfangreiche F&E-Projekte durchgeführt. Die Umsetzung all dieser Vorhaben ist abhängig von energie-, klima-, wirtschafts- und industriepolitischen Rahmenbedingungen auf nationaler und EU-Ebene.

Präsenzlehre ist durch nichts zu ersetzen

Wie das restliche Schuljahr noch gerettet werden kann und welche Lehren aus den vergangenen Monaten gezogen werden müssen, haben IV-Bildungsexperten analysiert.

Schulen zu, Schulen auf, Sommerschule, Herbst-Lockdowns, aus den Weihnachtsferien ins Distance Learning, dann Schichtbetrieb und nun eine Mutation, die zusehends überhandnimmt. Im April befand sich Ost-Österreich wieder im harten Lockdown mit Distance Learning, in Restösterreich wurde der Schichtbetrieb fortgeführt. Perspektive? Ungewiss. Es ist anzunehmen, dass die epidemiologische Lage wohl auch bis auf Weiteres keine Verschnaufpause oder auch nur Planungssicherheit im Bildungsbereich zulassen wird. Nach einem Jahr Pandemie liegen die Nerven der Betroffenen blank, der volkswirtschaftliche Schaden von Schulschließungen ist erwiesenermaßen enorm und die Zunahme psychologischer Probleme alarmierend.

Wichtige Initiativen gesetzt

Gleichzeitig ist – nicht zuletzt auf Initiative der Industriellenvereinigung – in den vergangenen Monaten Positives gelungen: Ein „Rettungsschirm Bildung“ finanziert mit 200 Mio. Euro zusätzliche Förderstunden zum Aufholen entstandener Bildungsdefizite, Summer Schools werden quantitativ wie qualitativ ausgebaut und der Notenschluss verschoben, um das Schuljahr voll auszunützen. Infrastrukturelle Rahmenbedingungen

(Stichwort: Endgeräte) wurden laufend verbessert und Pädagogen durch Fortbildungen beim Digi-Teaching unterstützt. Systematische Teststrategien ermöglichen (theoretisch) einen halbwegs geordneten Schichtbetrieb und ein Großteil des pädagogischen Personals an Schulen und Kindergärten wurde bereits geimpft.

Fest steht aber: Präsenzlehre ist durch nichts zu ersetzen. Für das verbleibende Sommersemester müssen daher weiterhin sämtliche Anstrengungen einem möglichst geregelten Bildungsbetrieb gelten. Mit der gleichen Intensität muss nun aber auch über den Sommer hinaus gedacht werden.

Erfahrungen aus Corona-Zeit systematisch aufarbeiten

Erstens: Die sogenannte Bildungsschere, bei der das „Zurücklassen“ schwächerer Kinder und Jugendlicher in Kauf genommen wird, gab es im österreichischen Schulsystem bereits vor Corona – mit einem weiteren Auseinandergehen ist daher zu rechnen. Bildungsdefizite müssen somit nicht nur unmittelbar aufgeholt werden, sondern künftig auch nach Kräften verhindert werden. Zweitens: Das Potenzial des pandemiebedingten „Kaltstarts“ im Bereich der digitalisierten (Aus-)



Bildung muss nachhaltig genützt und institutionell verankert werden. Und nicht zuletzt drittens: Viele Problemfelder, aber auch Best Practices, rückten pandemiebedingt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit: Das in vielen Texten bemühte „Brennglas“ dieser

Pandemie kann nur dann wirklichen Nutzen bringen, wenn die Erfahrungen aus der Corona-Zeit systematisch aufgearbeitet werden. Wenn man zukünftig Entscheidungen für ein modernes Bildungssystem treffen will, ist das unumgänglich.

AKTUELLES IN KÜRZE

Österreich bei IPCEI Mikroelektronik dabei

Im März hat die Europäische Kommission die österreichische Teilnahme an einem paneuropäischen Schlüsselvorhaben zur Weiterentwicklung des europäischen Mikroelektroniksektors genehmigt. Nach der Bewilligung des IPCEIs Mikroelektronik im Dezember 2018 in Europa tritt nun auch Österreich diesem „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI) bei. Das Großvorhaben umfasst ein Gesamtinvestitionsvolumen von 8,4 Mrd. Euro.

Insgesamt 32 Partner aus Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich sowie Großbritannien engagieren sich beim IPCEI Mikroelektronik, darunter drei Technologie-Frontrunner aus Österreich. Im Zentrum steht die Entwicklung von energieeffizienten Chips, Leistungshalbleitern und Leistungselektronik. Mit zahlreichen Kooperationen können durch Spillover-Effekte (d.h. Abstrahleffekte)

auch weitere Wirtschaftsbereiche von dem Projekt profitieren.

IPCEI Mikroelektronik ist nach IPCEI Batterien bereits das zweite Großprojekt, an dem Österreich partizipiert. Weitere IPCEIs zu den Themen Wasserstoff, Mikroelektronik II und Dekarbonisierung sind auf europäischer Ebene in Vorbereitung. Aus IV-Sicht ist wichtig, dass Österreich an diesen Zukunftskonsortien aktiv teilnimmt, insbesondere wenn es um eine erfolgreiche Bewältigung der grünen und digitalen Transformation geht. Das Interesse und die Technologiekompetenz der Unternehmen sind jedenfalls vorhanden. Und auch der österreichische Aufbau- und Resilienzplan bietet die Chance, diese neuen Projekte zu finanzieren. Es liegt an der Politik, die neuen IPCEIs prioritär im Aufbauplan zu positionieren und damit weitere Tickets in die Zukunft zu lösen.

Gesellschaftliche Verantwortung entlang der Lieferkette

Die Kontrolle von Sozial- und Umweltstandards in Lieferketten global tätiger Unternehmen und die Prävention von Missständen sind bereits seit mehr als einem Jahrzehnt Diskussionsthema im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung. Unternehmen stehen immer wieder in der Kritik, Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden entlang ihrer Lieferketten mitzuschulden. Dabei ist Europa längst führend im verantwortungsvollen Unternehmertum.

Zahlreiche international bewährte Standards und Leitlinien zum sozial- und umweltverträglichen Management werden seit Langem in der Praxis erfolgreich angewandt. Denn aufgrund der Komplexität, Vielfältigkeit und Fragmentierung der Lieferketten galt im CSR-Management und Reporting bis jetzt der Grundsatz der Freiwilligkeit.

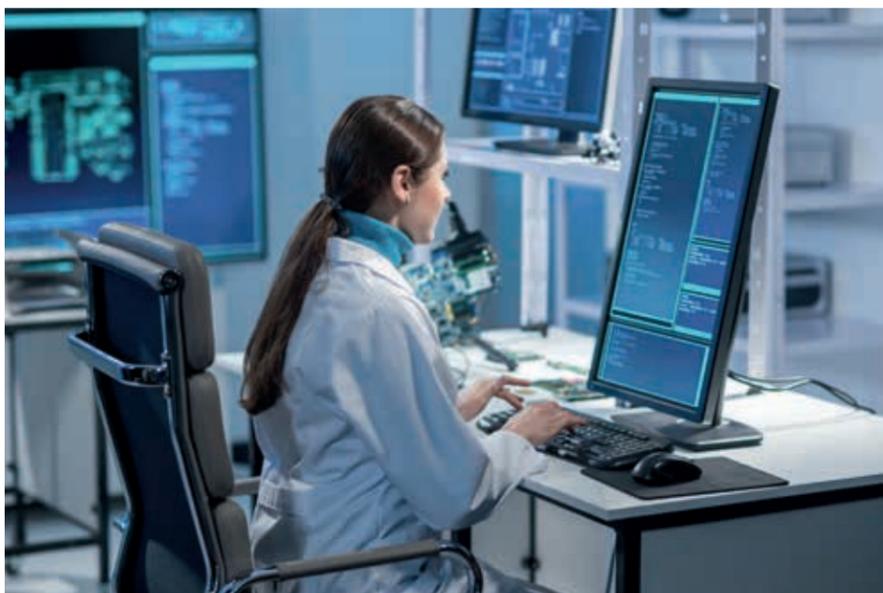
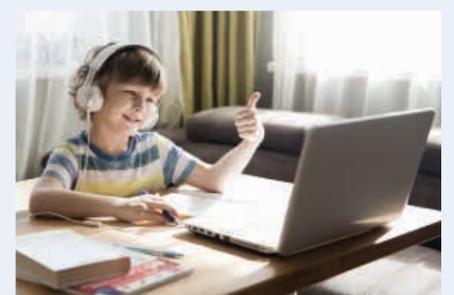
Die Europäische Kommission arbeitet aktuell im Gleichklang mit dem Europäischen Parlament an einem Gesetzesentwurf, der in den Bereichen „Sustainable Corporate Governance“ und „Due Diligence“ verpflichtende Regeln einführen will. In einigen europäischen EU-Ländern existieren bereits nationale Gesetze. Auch in Deutschland soll bis zum Herbst ein „Lieferkettengesetz“ beschlossen werden.

Die IV arbeitet intensiv daran, Rechtssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischen Gestaltungsspielraum im zukünftigen Gesetzestext sicherzustellen sowie den bürokratischen Aufwand zu minimieren und ist dazu im engen Austausch mit der europäischen und nationalen Politik und Verwaltung. Diskussionspunkte sind u.a. der Geltungs- und Anwendungsbereich, Haftungsfragen sowie Kohärenz mit anderen EU-Richtlinien.

Bitte um Unterstützung: Gebrauchte PCs, Laptops, Monitore für Schüler benötigt

Die ehemaligen Flüchtlingskoordinatoren Christian Konrad und Ferry Maier (Allianz „Menschen.Würde. Österreich“) unterstützen den gemeinnützigen Verein „PCs für alle“ bei der Suche nach gebrauchten PCs, Laptops, Monitoren und Zubehör, damit diese aufbereitet und kostenlos an Schulen, karitative NGOs sowie an finanziell schlecht gestellte Menschen weitergegeben werden können. Leider fehlen dem Verein aktuell solche Geräte zur Aufbereitung. Sollten Sie geeignetes Equipment abzugeben haben, bitten wir um

Kontaktaufnahme unter office@mwoe.at – vielen Dank!



„Nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ im Fokus

Markus Gstöttner, stellvertretender Kabinettschef und wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzler Sebastian Kurz, war im April Gast im JI-Bundesvorstand. Im Interview mit den „iv-positionen“ gibt er einen Ausblick auf die geplanten Schwerpunkte der Bundesregierung.

Lieber Markus, wie kann Österreich nach der akuten Gesundheitskrise wieder zu Wachstum und mehr Beschäftigung finden?

Es wird wichtig sein, mit der fortschreitenden Durchimpfung auch die Lockerung der bestehenden COVID-Maßnahmen so verantwortungsbewusst und schnell wie möglich umzusetzen. Dazu gehören neben allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens auch die europäische Reisefreiheit, die besonders für ein export- und tourismusstarkes Land wie Österreich wichtig ist. Mit dieser Öffnung werden auch das wirtschaftliche Wachstum und die Entspannung am Arbeitsmarkt einsetzen. Daneben müssen wir aber auch unsere Lektionen aus der Krise lernen und umsetzen – vor allem in der Digitalisierung.

Corona hat Österreich viel Geld gekostet – wie lässt sich das gestiegene Defizit wieder in den Griff kriegen?

Das Wichtigste wird sein, dass wir rasch wieder ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen. Die Republik konnte sich dank der verantwortungsbewussten Haushaltspolitik der letzten Jahre die gesamte Corona-Pandemie hindurch zu Nullverschulden und wir werden dieses Geld zurückzahlen können, wenn wir wirtschaftlich wachsen. Darüber hinaus sind die im Regierungsprogramm vorgesehenen

Reformen zur Reduktion der öffentlichen Ausgaben auch in dieser Phase wichtig, so wie auch die verstärkte Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung – wird es da ausreichen, nur bei der Verwaltung anzusetzen?

Nein, es gibt unterschiedliche Bereiche, in denen die Bundesregierung hier arbeitet. Wichtig sind besonders der Ausbau der digitalen Infrastruktur (Breitband), die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung und verstärkte Digitalisierung in der Bildung. Weiters spielt natürlich auch die Stärkung der öffentlichen Kompetenzen im Bereich Cybersicherheit eine wichtige Rolle. Wo immer möglich, wollen wir auch heimische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Geschäftsmodelle und Prozesse zu digitalisieren.

Stichwort Wachstum: Ganz Europa kommt, etwa im Vergleich mit den USA und China, zunehmend unter Druck – sind wir sozusagen am absteigenden Ast?

Österreich und Europa haben hier grundsätzlich gute Voraussetzungen im internationalen Wettbewerb – Rechtsstaatlichkeit, einen der größten Binnenmärkte der Welt und führende Sozialstandards. Gleichzeitig müssen wir es wieder schaffen, diese

bestehenden Stärken mit einem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und einem selbstbewussten Auftreten in der Welt zu vereinbaren. Wir müssen den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen und gemeinsame Standards schaffen, an die sich dann auch alle halten. Wir müssen die Digitalisierung in der öffentlichen Infrastruktur und Verwaltung vorantreiben und sie damit auch in der Wirtschaft verstärkt unterstützen. Und wir müssen unsere Klimaziele auf eine Art und Weise erreichen, die den Standort Europa weiter stärkt und Wertschöpfung sichert.



ZUR PERSON Markus Gstöttner

Stellvertretender Kabinettschef und wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzler Sebastian Kurz



Aus der Krise lernen?

Bei einer Sitzung des JI-Bundesvorstandes konnten wir mit Markus Gstöttner (siehe Interview) diskutieren – die Frage, ob wir wirklich aus der Krise lernen werden, beschäftigt mich dabei am meisten.

Im Gespräch haben wir beispielsweise auch die Themen digitaler Hilfsmittel im Rahmen der Pandemie besprochen, sei es Stopp-Corona-Apps oder etwa ein digitalisiertes, zentrales Impf-Management. Bei uns in Europa war hier vieles nicht möglich, was anderswo gelungen ist, Stichwort Datenschutz und entsprechende Sorgen der Bürger. Ein solider Datenschutz kann auch eine Stärke als Standort sein, aber natürlich muss in Krisenzeiten doch Handlungsfähigkeit gegeben sein. Das Gleiche gilt auch für den Föderalismus. In Deutschland wird das bereits intensiv diskutiert: Föderale Strukturen können Vorteile bringen, in großen Krisen wäre aber vielleicht ein bisschen mehr bundesstaatliche Handlungsfähigkeit zu wünschen.

Klar, als Erstes ist nun zu hoffen, dass die Impfkampagne wirklich Fahrt aufnimmt, damit wir im Sommer/Herbst aus dem Schlimmsten draußen sind. Aber dann werden wir auch in Österreich diese und viele weitere Fragen intensiv diskutieren müssen. Denn wenn wir es nicht schaffen, in Veränderungen vor allem große Chancen zu sehen, wäre das kontraproduktiv. Es wird nicht die letzte Herausforderung sein – gemeinsam können wir die (digitale) Zukunft aber meistern!

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



JI-Wien im Gespräch mit Fridays for Future

Ende März diskutierte die JI-Wien mit Adrian Hiss, Aktivist von Fridays for Future (FFF), über das Schicksal der FFF-Bewegung in Zeiten von Corona, das politische Programm der jungen Klimademonstranten und die Rolle der Industrie für die Klimawende.

Im Gespräch mit JI-Wien-Vorstandsmitglied Ludwig Malina-Altzinger schilderte Hiss, dass das Pariser Klimaziel von 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau im Zentrum aller politischen Bemühungen stehen müsse. Dafür sei Klimaneutralität bis 2030 – so eine zentrale Forderung von FFF – unumgänglich, was nur durch radikale Maßnahmen wie das Ende „fossiler Großprojekte“ oder eine „Ressourcenbesteuerung der fossilen Industrie“ erreicht werden könne. Angesprochen auf die ökonomische und

soziale Tragweite vieler Forderungen der Gruppierung betonte Hiss die Bedeutung von „Klimagerechtigkeit“, also einer Bewältigung der Klimakrise, die soziale Erwägungen miteinbezieht. Die Corona-Pandemie würde hier eine Chance bieten, durch gezielte Förderungen nachhaltige Investitionen zu unterstützen. Die österreichische Industrie könne bei der Klimawende ein wichtiger Partner sein und im Dialog mit der Klimabewegung innovative Lösungen entwickeln, die Ökonomie und Ökologie unter einen Hut bringen.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@ivat, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/Energie Burgenland, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/Stock, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/ AdobeStock, IV-Wien/Stock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



JI-FACTBOX

Eine Milliarde Euro zusätzlich pro Jahr stünde für die Elementarpädagogik in Österreich zur Verfügung, wenn Österreich zumindest so viel in frühkindliche Bildung investieren würde wie der Schnitt der EU-Staaten. (OECD, Family benefits public spending 2019)



Neustart in eine ressourcenschonende Zukunft

Anfang März diskutierten beim 4. Nationalen Ressourcenforum Experten aus ganz Mitteleuropa über nicht weniger als die ressourcenschonende Zukunft von Wohlstandgenerierung und Industriegesellschaft in Europa.

Alle Hoffnungen stehen auf einer Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft im Jahr 2021. Doch auch die Klima- und Ressourcenkrise ist nach wie vor ungelöst. Im Zentrum des Vierten Nationalen Ressourcenforums stand deshalb die Frage, wie ein Neustart der österreichischen Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens Nachhaltigkeit und Wertschöpfung vereinen kann. Beleuchtet wurde dabei die Rolle von Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, Regionalität und Reindustrialisierung für Krisenbewältigung und Prosperität. In unterschiedlichen Online-Formaten tauschten sich dazu am 4. und 5. März 2021 Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik mit über 500 Teilnehmern aus.

Ressourcenproduktivität

Im Kontext von Green Deal und internationalem Ressourcenwettbewerb rücke eine neue Kompetenz ins Blickfeld, so Professor Martin Stuchtey, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter von SYSTEMIQ, in seinem Keynote-Vortrag: Wohlstandsgenerierung getrieben durch Dematerialisierung und Dekarbonisierung. „In einer solchen Welt wird Ressourcenproduktivität zum

politischen Leitindikator. Ein entkoppeltes Industriemodell erfordert mehr als effizienteres Wirtschaften, es erfordert einen systemischen Umbau. Die Prinzipien und die dadurch entstehende Wertschöpfungslandschaft stellen für Österreich und Europa eine spannende Perspektive dar“, so Martin Stuchtey. Er zeigte am Beispiel der Bereiche

„Unser Ziel muss es sein, in der Praxis aufzuzeigen, dass Wohlstand und Entwicklung vom Naturverbrauch erfolgreich entkoppelt werden können.“

Rudolf Zrost,
Präsident Ressourcen Forum Austria

Mobilität, Lebensmittel und Wohnraum auf, wie in einer Kreislaufwirtschaft derselbe Nutzen unter deutlichen Einsparungen erreicht werden kann. Zirkularität versteht Stuchtey deshalb als effektiven konjunkturellen Impuls. Stuchtey plädierte für seinen System Change Compass, ein einzigartiges Navigationsinstrument für politische Maßnahmen auf dem Weg zu einem Systemwechsel, und gab der österreichischen Regierung auch einige Vorschläge mit: Unter

anderem die Umschichtung von Arbeits- und Ressourcensteuern; einen Transformations- und Innovationsfonds; und Österreich zum Zentrum einer neuen Bauhausbewegung für nachhaltiges Bauen und Stadtentwicklung zu machen.

Geschäftsmodelle einer Kreislaufwirtschaft

Wie zentral die Rolle neuer Geschäftsmodelle von Produktionsbetrieben für eine ressourcenschonende Zukunft ist, war Thema einer weiteren Session. Gerade die Industrie in Deutschland und Österreich ist aber noch stark auf das Produzieren materieller Güter in linearen Geschäftsmodellen fixiert. Warum und wie sich das ändern soll, diskutierten Raphael Fasko, Rytec Circular; Wilhelm Mauß, Geschäftsführer Lorenz GmbH & Co. KG; und Hannes Leopoldseder, Leiter des SKF Industrial Services Centres, SKF Österreich AG. Dabei ging es um die Frage, wie mit Circular Economy – gerade im Mittelstand – Geld verdient werden kann. Wilhelm Mauß und Hannes Leopoldseder zeigten auf, wie unternehmerisch erfolgreich kreislauffähige Geschäftsmodelle und damit nachhaltiges Wirtschaften sein können.

Optimieren für Börsel und Klima

Ressourcen schonen lässt sich nicht nur über das Geschäftsmodell, sondern auch mit der genauen Analyse der Stoffströme im Betrieb. Professor Mario Schmidt, INEC Institute für Industrial Ecology, Hochschule Pforzheim, erläuterte, wie mit dem Einsatz der Materialflusskostenrechnung Ressourceneffizienzpotentiale und Materialverschwendung erkannt und so praktisch zum Klimaschutz

beigetragen werden kann. Beispiele aus der betrieblichen Praxis lieferten unter anderem Breveiler Urban & Sachs GmbH & Co KG und Fronius International GmbH. Sie konnten aufzeigen, wie ihr Handeln die Betriebe auf den Weg zur Klimaneutralität bringt. Johannes Fresner, STENUM GmbH, präsentierte im Anschluss ein neues Werkzeug, welches produzierende Unternehmen bei der Identifikation von Potenzialen zur Steigerung der Ressourceneffizienz entlang des Produktlebenszyklus unterstützt.

INFORMATION

Das Ressourcen Forum Austria wurde 2013 als Plattform für effiziente Ressourcennutzung und Nachhaltigkeit gegründet. Ziel des Vereins ist der Übergang zu einer ressourcenschonenderen Wirtschaft. Die Idee dahinter: Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft nicht als Einschränkung, sondern als Innovation und Wettbewerbsvorteil der österreichischen Industrie zu verstehen.

Der Verein ist aktiv beim Aufbau einer österreichweiten betrieblichen Ressourceneffizienzberatung. Er thematisiert in Kommunen das Thema Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz als Standortfaktor und schafft darüber hinaus durch österreichweite Veranstaltungen Bewusstsein für die Ressourcenwende.

Werden auch Sie Mitglied unter:
www.ressourcenforum.at/beitritt/

WEBTIPP

Alle Beiträge zum Nachsehen finden Sie unter:
<https://www.ressourcenforum.at/nachschau-viertes-nationales-ressourcenforum/>

IV-Westachse: Spielregeln mit China finden

EU-Unternehmen haben in China nur beschränkten Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt. Gleichzeitig können chinesische Firmen bei uns fast ohne Einschränkungen wirtschaften. Da läuft etwas schief.

Die chinesische Volkswirtschaft befindet sich seit langem im Vormarsch und wird voraussichtlich in den nächsten Jahren die USA als größte Volkswirtschaft ablösen. Chinas Einfluss auf die Weltwirtschaft wird also weiter zunehmen. Ein Update über die momentane Situation in den Handelsbeziehungen zu China gab es Anfang April bei einer Videokonferenz der IV-Westachsen-Landesgruppen Vorarlberg, Tirol und Salzburg mit Michael Löwy, IV-Bereichsleiter Internationale Beziehungen & Märkte.

Den chinesischen Drachen...

Der kompetente Aufstieg Chinas ermöglicht enorme Chancen für die europäische und österreichische Industrie, schafft aber auch gewaltige Herausforderungen. Denn die internationalen Wettbewerbsregeln spiegeln die neue wirtschaftliche Weltordnung nicht wider. Daher ist es entscheidend, dass die EU

gemeinsam mit China an der Gestaltung fairer Wettbewerbsbedingungen arbeitet. Abgestimmtes Vorgehen in der WTO, OECD und den G20 können für verbesserte Rahmenbedingungen sorgen. Dabei ist die Klimapolitik von besonderer Bedeutung, denn China ist der größte Schadstoffemittent.

...für gemeinsame Ziele gewinnen

Europäische Unternehmen brauchen aber einen fairen Wettbewerb – dies gilt insbesondere für einen weitgehend uneingeschränkten und gleichgestellten Marktzugang für Waren, Dienstleistungen und Investitionen. Den Druck auf einen solchen reziproken Marktzugang muss Europa mit effektiven Instrumenten bzw. wirkungsvollen Sanktionen (z.B. Zölle, limitierter Zugang zum EU-Binnenmarkt) erhöhen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist das aktuelle EU-China-Investitionsabkommen. Für die Industrie beinhaltet diese Vereinbarung wichtige Ziele:

Marktzugang, Schutz geistiger Eigentumsrechte und Transparenz bei Subventionen, die jetzt aber auch konsequent umgesetzt werden müssen. Sollte das nicht zum gewünschten Ergebnis führen, so könnte eine stärkere Kooperation mit anderen Märkten im südostasiatischen Raum und Pazifik, also mit Australien oder Indien, den Drachen China zum Einlenken und zur Zusammenarbeit animieren. Schlussendlich brauchen wir China als Markt und Wachstumslokomotive, aber nicht bedingungslos und zu jedem Preis.



Licht am Ende des Corona-Tunnels

Schon Napoleon Bonaparte – sein Todestag jährt sich heuer zum 200. Mal – stolperte bei seinen Feldzügen nicht nur einmal über fehlenden Nachschub. Seither hat sich zwar viel verbessert, Knappheit und geringe Versorgung sind aber auch 2021 mitten im Kampf gegen die Pandemie brandaktuell: Ohne resiliente Logistikketten ginge die bis dato ohnedies zu langsam laufende Immunisierung der Bevölkerung noch zäher voran. Dennoch, jede einzelne Impfung rettet Leben. Und auch wenn derzeit die vorhandenen Impfstoffe noch beschränktes Gut sind, werden die Liefermengen wöchentlich größer. Die Salzburger Industrieunternehmen stecken bereits jetzt in intensiven Vorbereitungen, um Mitte Mai in ihren Betrieben Impfstraßen aufzubauen.

Während Sie, geschätzte Leserin und geschätzter Leser, diese Ausgabe der iv-positionen in den Händen halten, werden – so der aktuelle Stand – schon erste Schlüsselkräfte mit Reisetätigkeit (Montage, Kundenservice, etc.) in den international tätigen Firmen geimpft bzw. in jenen Unternehmen, die zur Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur beitragen. Endlich werden so unsere Wettbewerbsnachteile oder gar Verluste in der Neukundenakquise minimiert.

Kommt die Normalität also möglicherweise sogar früher zurück als zuletzt angenommen? Auch wenn wir noch mitten in der dritten Welle sind, fühlte es sich in den letzten Wochen manchmal so an, als ob das Thema Corona ein wenig in den Hintergrund getreten wäre. Das spiegelt auch die vorliegende Ausgabe der iv-positionen wider: Zumindest im Salzburg-Teil gibt es keinen Artikel, der primär Corona zum Inhalt hätte. Vielleicht haben wir also bald wieder mehr Kapazitäten, um die Infrastruktur zukunftsfest auszubauen, den Fokus auf Technologieneutralität zu legen oder gar eine moderne Raumordnung als Lenkungsinstrument für Verkehrs- und Siedlungspolitik zu schaffen.

Zunächst aber: Bleiben Sie weiterhin gesund!

Ihr

Peter Unterkofler,
Präsident der IV-Salzburg

Das Kapital will arbeiten!

Der Zins ist tot, es lebe das Eigenkapital.

Keine Sorge, jetzt folgt keine Kritik der politischen Ökonomie – auch wenn wir nun einen Kulturwandel initiieren wollen! Vielmehr geht es darum, als (Familien)unternehmen stark durch Krisen zu kommen. In Kooperation mit dem Österreichischen Stiftungsverband, der DORDA Rechtsanwälte GmbH und dem Bankhaus Spängler informierten wir Anfang April in einer Gesprächsrunde über Beteiligungen mit verstofftem Vermögen an Unternehmen als alternative Anlageklasse, was dabei zu beachten ist und wie viel Potenzial im Eigenkapital zusätzlich steckt.

Die Privatstiftung

Mit der Gründung einer Privatstiftung wird beabsichtigt, Vermögensmassen für bestimmte Ziele zu bilden, sie zu verselbstständigen und deren Verwendung an den Willen des Stifters zu binden. Ganz deutlich steht bei den meisten Privatstiftungen das Bemü-

hen im Vordergrund, Vermögen langfristig zu sichern, eine professionelle Unternehmensführung zu organisieren und eine Aufspaltung des Vermögens durch Aufteilung auf eine Erbenmehrheit zu verhindern.

Stand(ort)fest mit Privatstiftungen

Das macht insofern Sinn, da wohl ohne Stärkung des Eigenkapitals viele Unternehmen langfristig gesehen die aktuelle Gesundheitskrise nicht überstehen werden, jedenfalls aber Wachstumsmöglichkeiten nicht nützen können. Unternehmen nutzen in der Krise nicht nur das niedrige Zinsniveau für Bankkredite, sondern suchen immer öfter strategische Partner, die sie in wirtschaftlich robusten Privatstiftungen als nachhaltige Private Equity Investoren finden. So wird privates Beteiligungskapital geschaffen.

Kulturwandel. Jetzt!

Europäische Unternehmen arbeiten derzeit

mit wenig Wagniskapital, auch weil Fremdkapital steuerlich bessergestellt ist. Ein Kredit wird daher oft rasch und ohne Abwägung anderer Optionen abgeschlossen. Dabei könnten neue Anreize zu Investitionen mit Eigenkapital relativ einfach durch eine steuerliche Absetzbarkeit von Eigenkapitalzinsen oder einer radikalen Senkung der Körperschaftsteuer gesetzt werden. Auch eine Prolongierung des Verlustrücktrages wäre wünschenswert. Alle diese steuer- und kapitalmarktpolitischen Ideen können die Steuerlast mindern und Unternehmen belohnen. Wenn wir also wollen, dass österreichische Unternehmen in Österreichs Volkswirtschaft investieren, so müssen die Rahmenbedingungen attraktiver und simpel gestaltet werden. Leider wird in Österreich die aktuelle Krise länger andauern, als in anderen Ländern. Das bedeutet aber auch, dass wir mehr Zeit für jenen Kulturwandel haben und vor allem für die technische Umsetzung.

HOHER BESUCH IM HAUS DER IV-SALZBURG

IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka (l.) hat sich von Salzburg aus Ende März mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und weiteren Unternehmensvertretern darüber ausgetauscht, wie die Corona-Krise auf die Unternehmen wirkt und was vor allem nach Ende der Pandemie zur Ankurbelung der Wirtschaft zu tun ist. Im Anschluss führte IV-Salzburg-Geschäftsführerin Irene Schulte durch das Büro.



Der Sommer wird MINT!

Neben der Hoffnung auf einen entspannten Sommer laufen hinter den Kulissen bereits die Vorbereitungen für die MINT-Begabtenförderung auf Hochtouren. Entsprechend der Devise „Kein Talent darf auf der Strecke bleiben“ unterstützt die Industriellenvereinigung Salzburg auch heuer wieder großzügig die verschiedenen Initiativen der MINT-Begabtenförderung.

TALENTE-AKADEMIE

Die Talente-Akademie richtet sich an die Schüler der Unterstufe AHS und Mittelschulen, die drei Tage lang Schule gegen Workshops in Bad Hofgastein tauschen, Freizeitprogramm und Übernachtung inklusive.

Besonders gespannt darf man auf die Hebocon-Minischmiede sein. Das Innovationsland Japan liefert eine neue Sportart: Beim Sumo-Ringer-Wettkampf für selbstgebaute, futuristische, aber am besten schrottrige Low-Tech-Roboter dienen kaputte Haushalts-

geräte als Teilelieferant. Zuerst gibt's Spaß für alle beim Roboterbasteln, danach beim Anfeuern der gegeneinander antretenden Roboter.

Termin: 30. Juni bis 2. Juli 2021 in der Tourismusschule Bad Hofgastein
Zielgruppe: 1. – 4. Klasse AHS und Mittelschule mit Übernachtung und Freistellung von der Schule

Informationen und Anmeldung: <http://www.talenteraum.at/wordpress/talenteakademie-und-talentesommer-2021/>

TALENTE-SOMMER

Beim Talente-Sommer können 7- bis 19-Jährige in Kleingruppen-Workshops selbständig forschen, entdecken und kreieren. Neben Chemie- und Schachlektionen werden auch Robotik- und Genetik-Kurse angeboten. Als besonderes Highlight steht für jede Gruppe eine fachbezogene Exkursion auf dem Programm.

Ebenso breit gefächert wie die Zielgruppe ist auch das spannende Workshop-Programm: Die Chemie-Detektive lösen das Rätsel, warum Feuerwerke bunt sind, im Physik-Work-

shop kann man erfahren, warum sich Knödel im Topf drehen und beim Roboter-Programmieren lüftet sich das Geheimnis, ob und wie Roboter denken können.

Termin: 23. bis 27. August 2021 im MORG Grödig (mit Bus-Shuttle!)
Zielgruppe: Kinder und Jugendliche von 7 bis 19 Jahren

Informationen und Anmeldung: <http://www.talenteraum.at/wordpress/talenteakademie-und-talentesommer-2021/>

MINT-AKADEMIE

Mit der MINT-Akademie steht bayrischen und Salzburger MINT-Talenten ein grenzüberschreitendes Begabtenprogramm zur Verfügung. 14- bis 16-jährige Jugendliche können sich um einen der begehrten Plätze bewerben.

In intensiv betreuter Projektarbeit vertiefen sie ihre Interessen in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Hand aufs Herz: Kennen Sie die „Fibonacci-Folge“, haben Sie sich bereits mit polyalphabetischem Chiffre be-

schäftigt oder gehört pathologische Diagnostik zu Ihren Steckenpferden? An diese und andere Themen werden die Jugendlichen behutsam von Wissenschaftlern herangeführt.

Termin: Berchtesgaden von 5. bis 9. Juli 2021 im Schülerforschungszentrum Berchtesgaden (mit Bus-Shuttle!)
Zielgruppe: 14 bis 16 Jahre

Informationen und Anmeldung: <https://www.mintakademie.de/mint-akademie>

2X3 FRAGEN AN...

Stefan Lebernegg (Schülerforschungszentrum Berchtesgaden). Der Initiator und Leiter der MINT-Akademie ist enthusiastischer Forscher und Tüftler. Mit seiner Begeisterung will er auch Jugendliche anstecken.

Warum machen Sie MINT-Jugendarbeit?

Mir ist die persönliche Entwicklung der Menschen wichtig – Stärken zu fördern und nicht an den Schwächen herumzudoktern. Wenn die Jugendlichen merken, dass es um sie geht, dann öffnen sich neue Türen. Das finde ich wahnsinnig spannend! Natürlich möchten wir vor allem neue Studentinnen und Studenten gewinnen. Aber: Wir brauchen Handwerker und Künstler ebenso wie Akademiker.

Worauf achten Sie bei der Auswahl der Experten für die MINT-Akademie?

Wir suchen Menschen, die einerseits den entsprechenden wissenschaftlichen Background haben und für ihr Thema brennen, andererseits ihre Begeisterung mit Jugendlichen teilen möchten. Außerdem möchten wir Abwechslung bei den Workshops bieten. Die richtige Mischung ist wichtig, dann macht es auch Spaß im Team.

Wie halten Sie nach der MINT-Akademie Kontakt mit den Jugendlichen?

Wir laden die Jugendlichen zu regelmäßigen Wissenschaftsgesprächen ein, bei denen sie online mit Wissenschaftlern aktuelle Themen aus verschiedenen Fachbereichen diskutieren. Es gibt Fachgruppen, die sich während des Jahres treffen, Chemietage, Ökologie-Projekte, Exkursionen zu Betrieben und Forschungseinrichtungen. Manches ist online schwierig, wir freuen uns schon auf persönliche Treffen nach Corona.

Sebastian Putz. Der Hallwanger wählte bei der MINT-Akademie 2019 den Workshop Netzwerksicherheit mit Spezialgebiet „Hacking“. Heute ist er Schüler der 3. Klasse HTL für Elektrotechnik.

Warum hast du genau diesen Workshop ausgewählt?

Ich wollte etwas ausprobieren, wo ich mich noch nicht so gut auskenne. Programmieren interessiert mich und ich wollte die Sicht des Angreifers verstehen, um mich besser schützen zu können. Ich finde, dass Netzwerksicherheit durch die zunehmende Vernetzung und Digitalisierung auf jeden Fall an Bedeutung gewonnen hat. Cool fand ich vor allem, dass jeder in seinem eigenen Netzwerk verschiedenste Angriffe selbst ausprobieren konnte.

Was fasziniert dich an MINT?

Ich bin kein Künstlertyp, sondern Naturwissenschaftler. Mich interessieren Zusammenhänge und logisches Denken und nicht stures Auswendiglernen. Persönliche Erfolgserlebnisse habe ich in Physik, es ist ein schönes Gefühl, wenn man beispielsweise eine Herleitung findet und versteht. Mich faszinieren aber auch andere Bereiche der Naturwissenschaften.

Welche Zukunftspläne hast du?

Dadurch dass mir MINT liegt und mir das Lernen leichtfällt und Spaß macht, werde ich, wahrscheinlich studieren und in die Forschung gehen. Physik mit Fachgebiet Elektromagnetismus könnte ich mir gut vorstellen. Oder ich gehe nach meinem Abschluss in die Wirtschaft, da würde es mich in Richtung Automatisierungstechnik ziehen.

„Wir möchten MINT-Talente so früh wie möglich fördern und ihnen Wege für eine weiterführende Karriere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich aufzeigen.“

Irene Schulte,
Geschäftsführerin IV-Salzburg



NAWI-GEHT-DAS?-BOX-ÜBERGABE

Ende März überreichte IV-Salzburg-Präsident Peter Unterkofler eine NaWi-geht-das?-Box an die Vertreterinnen des Campus Mirabell. Die Experimentierkiste liefert Materialien für kindgerechte Experimente aus der spannenden Welt der Naturwissenschaften. Das Projekt wurde von der IV-Salzburg gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Salzburg und der Wissensfabrik Österreich ins Leben gerufen.

V.l.n.r.: Direktorin Ursula Hinterseer, Melanie Taferner, beide Campus Mirabell, und für die IV-Salzburg Geschäftsführerin Irene Schulte und Präsident Peter Unterkofler